

## Griechenland

HEINZ-JÜRGEN AXT

Griechenland hatte im ersten Halbjahr 1994 die EU-Präsidentschaft inne. Wer gehofft hatte, daß Griechenlands Regierung diese Zeit nutzen würde, um die EU und auch das eigene Land als „Konfliktmanager“ in der von schwelenden Konflikten gezeichneten Region Südosteuropa einzusetzen<sup>1</sup>, sieht sich getäuscht. Die Fronten haben sich eher verhärtet. Zu Albanien haben sich Griechenlands Beziehungen 1994 verschlechtert, bei den übrigen Konflikten kam es zu keiner Entspannung. Gegenüber der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien (EJRM) hat Griechenland ausgerechnet während der Präsidentschaft ein Handelsembargo eingeführt. Entsprechend heftig war die Kritik im Europäischen Parlament. Dort wurde der griechischen Regierung vorgehalten, nationale Anliegen in den Vordergrund zu stellen<sup>2</sup>. Das vor der Präsidentschaft vom damaligen Europa-Minister gegebene Versprechen, die Präsidentschaft nicht mit nationalen Problemen und insbesondere der Mazedonienfrage zu belasten, wurde von der griechischen Seite aus nicht gehalten<sup>3</sup>. Es kann daher kaum verwundern, daß mit Blick auf die Revision des Vertrages von Maastricht im Rahmen der Regierungskonferenz von 1996 ernsthaft darüber nachgedacht wird, künftig die Präsidentschaft nicht mehr reihum „wandern“ zu lassen<sup>4</sup>.

*EU-Präsidentschaft: Europaorientierung im Widerstreit mit Nationalinteressen*

Waren griechische Präsidentschaften in der Vergangenheit, insbesondere die im Jahr 1983, scharf kritisiert worden, so gilt das nicht in bezug auf die jüngste Amtsführung. Allgemein bescheinigte man der griechischen Administration eine sachgemäße Abwicklung der laufenden Geschäfte<sup>5</sup>. Wie nicht anders zu erwarten, hat sich allerdings der Umstand bemerkbar gemacht, daß der griechische Ministerpräsident Papandreou vielen seiner im Rahmen der Präsidentschaft zu erfüllenden Aufgaben wegen seines schlechten Gesundheitszustands nicht nachkommen konnte. Gerade in kritischen Verhandlungsphasen bedarf die Präsidentschaft jedoch eines agilen Vorsitzenden, der seine „Kollegen“ durch aufwendige Vermittlung zu einer Einigung führen kann. Auf europäischer Ebene hat sich wiederholt, was seit dem Regierungsantritt im Oktober 1993 im nationalen Rahmen zu beobachten ist: Papandreou ist nicht mehr der bestimmende politischer Führer des Landes. Treffen mit anderen Regierungschefs mußte Papandreou absagen. So fand die vor Gipfeltreffen übliche Besuchstour in den europäischen Hauptstädten durch den jeweiligen Ratspräsidenten nicht statt<sup>6</sup>. Als die

Suche nach einem neuen Präsidenten der Kommission während des Europäischen Rates von Korfu in eine besonders kritische Phase geriet, verabschiedete sich der griechische Ministerpräsident und überließ dem Europaminister den Vorsitz in der Runde der Regierungschefs, was von diesen als Brückierung aufgefaßt wurde<sup>7</sup>.

Große Anstrengungen wurden der griechischen Präsidentschaft abverlangt, um die Beitrittsverhandlungen mit Finnland, Schweden, Österreich und Norwegen, das dann allerdings der EU nicht beitrug, zum Abschluß zu bringen. Dies ist umso mehr zu würdigen, als Großbritannien und Spanien über die Gestaltung der Sperrminorität im Rat der Union einen ernsthaften Disput entfacht hatten. Die Haltung der griechischen Seite gegenüber der jüngsten EU-Erweiterung kann als durchaus ambivalent betrachtet werden: Einerseits wird die Finanzkraft der Union gestärkt, was den Strukturzahlungen an die ärmeren Mitgliedstaaten und damit griechischen Interessen zugute kommt. Andererseits befürchtet man in Griechenland, daß sich das Zentrum der EU nach Norden verschiebt, und daß es, im Kontext der Kooperation mit Osteuropa, in der Union zu einer „Germanisierung“ kommt<sup>8</sup>. Mit besonderer Energie hat die griechische Präsidentschaft die im Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“ enthaltenen Vorstellungen vorangetrieben. Erste Ergebnisse waren bereits zu verzeichnen. Zwei Listen mit prioritären Projekten für transeuropäische Netze in den Bereichen Verkehr und Energie wurden verabschiedet. In der Industriepolitik einigte sich der Rat auf Schlußfolgerungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und verabschiedete das 4. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994 haben gezeigt, daß in Griechenland, ebenso wie in manchen anderen EU-Ländern, der Euroskeptizismus und die nationalistische Tendenzen zunehmen. Den größten Stimmenzuwachs konnte die Partei „Politischer Frühling“ (Pola) des ehemaligen Außenministers Antonis Samaras gewinnen, die einen betont nationalistischen Kurs einschlägt<sup>9</sup>.

#### *Balkanpolitik: Griechenland vom Rest der EU isoliert*

Die Dissonanzen in der Balkanpolitik haben 1994 unverändert zwischen Griechenland und der übrigen EU gestanden. Griechenland vermißt bei den Partnern das Verständnis für die eigenen Belange. Die übrigen EU-Staaten wiederum empfinden, daß Griechenland seine nationalen Interessen verabsolutiert. Noch immer kulminieren die Gegensätze in der Mazedonienfrage<sup>10</sup>. Dieser Streit, bei dem es um den Staatsnamen, die Benutzung von (von Griechenland reklamierten hellenischen) Symbolen (Stern von Vergina) und die von Griechenland vermuteten expansiven Tendenzen der EJRM geht, spielt für die Athener Außenpolitik gegenwärtig die herausragende Rolle<sup>11</sup>. Mittlerweile haben sieben Staaten der EU (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und die

Niederlande) und auch die USA diplomatische Beziehungen zur EJRM aufgenommen. Der Name Mazedonien und die Flagge wurden von den EU-Staaten nicht anerkannt.

Verhandlungen über die Namensgebung der EJRM fanden zwischen Athen und Skopje unter Vermittlung der Vereinten Nationen in New York statt, ohne daß sich eine Kompromißformel herauschälen konnte. Die Verhandlungen wurden von der Regierung Papandreu zunächst nicht weitergeführt. Am 16. Februar 1994 erließ Athen einen Handelsboykott gegen die EJRM, obwohl Papandreu zuvor kategorisch verneint hatte, daß eine Schließung der Grenzen zur EJRM nicht in der Absicht Griechenlands liege<sup>12</sup>. Skopje war von der Zufuhr wichtiger Rohstoffe abgeriegelt, so daß die ohnehin anfällige mazedonische Wirtschaft schwer geschädigt wurde. Griechenland hat sich bei dieser Aktion auf Art. 224 EGV (schwerwiegende innerstaatliche Störung) berufen. Das Vorgehen Griechenlands war ohne Vorbild. Noch nie hat ein Mitgliedstaat derart massiv gegen das Gebot des freien Warenverkehrs verstoßen, und noch nie war ein Land von den übrigen Regierungen derart isoliert wie Griechenland.

Die EU reagierte im April nach einigem Zögern mit einer Anrufung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Die Klage gegen Griechenland wurde mit Art. 225 EGV (Verstoß gegen gemeinsame Außenhandelspolitik) begründet. Der Erlaß einer einstweiligen Anordnung wurde vom EuGH im Juni 1994 allerdings zurückgewiesen, was Griechenland für sich als „Sieg“ reklamierte<sup>13</sup>. Doch die griechische Freude ist nicht gerechtfertigt, da in der Sache noch nicht entschieden worden ist<sup>14</sup>.

Der im August 1994 aufgenommene Prozeß gegen fünf Angehörige der griechischen Minderheit im südlichen Teil Albaniens (Nordepirus) hat einer breiten Öffentlichkeit bewußt gemacht, wie konfliktrichtig das Verhältnis zwischen diesen beiden Nachbarn ist. Den Angeklagten wurde u. a. Kontakt zum griechischen Geheimdienst vorgehalten<sup>15</sup>. Im kommunistischen Albanien war der griechischen Minderheit das Recht auf Religionsausübung genommen, und die Kontakte zum Mutterland waren stark beschnitten worden. Dies hat sich in den letzten Jahren zwar geändert. Allerdings leidet die griechische Minderheit ebenso wie die übrige Bevölkerung unter der allgemeinen wirtschaftlichen Not in Albanien. Dieser Zustand hat die Zahl der Flüchtlinge nach Griechenland ansteigen lassen. Bis 1993 kamen bereits über 200.000 Albaner nach Griechenland. Wegen der Streitigkeiten mit dem Nachbarland hat Griechenland die von der EU bewilligte Finanzhilfe für Albanien in Höhe von 35 Mio. ECU blockiert<sup>16</sup>.

Die von Teilen der orthodoxen Kirche und von sogenannten Nordepirus-Organisationen immer wieder angefachte nationalistische Stimmung im Lande macht es den um einen Ausgleich bemühten Politikern fast unmöglich, zur Beruhigung der Lage beizutragen. Das trifft besonders auf den gegenwärtigen Außenminister Karolos Papoulias zu, der sich als Architekt der Entspannung mit dem damals noch kommunistischen Albanien hervorgetan hat<sup>17</sup>. Da der Außenminister heute die Verständigung mit Albanien sucht, und den Konflikt nicht

eskalieren lassen will, wird er stark von den Massenmedien angegriffen. Dem Außenminister dürfte es um zweierlei gehen: Erstens soll nicht auch noch der Konflikt mit Albanien – ebenso wie der mit der EJRM – außer Kontrolle geraten und zum Spielball nationalistischer Leidenschaften werden. Zweitens soll neben dem traditionellen Streit mit der Türkei und der Auseinandersetzung mit der EJRM nicht ein dritter Konfliktherd akut werden.

### *Kompromisse mit der Türkei?*

Mit Beginn des Jahres 1995 verdichteten sich die Anzeichen, daß es gelingen könnte, sich eines alten Streitfalls im östlichen Mittelmeerraum zu entledigen. Griechenland äußerte seine Bereitschaft, sein Veto gegen die Herstellung der Zollunion mit der Türkei zurückzuziehen, wenn im Gegenzug ein Datum für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Zypern durch die EU fixiert werde. Dieser Kompromiß wurde Anfang Februar im Kreis der EU-Außenminister in Brüssel gefunden. Da es sich allerdings um ein „Papier ad referendum“ handelte, das demnach noch der endgültigen Zustimmung der Regierung bedurfte, ist dieses Tauschgeschäft von griechischer Seite aus im nachhinein immer wieder in Frage gestellt worden<sup>18</sup>. Einer der Streitpunkte war, ob Griechenlands Textilindustrie Finanzleistungen der EU zustehen sollten, um gegenüber der türkischen Konkurrenz besser bestehen zu können. Nicht unterschätzt werden sollte allerdings der innenpolitische Faktor: In weiten Teilen der griechischen Öffentlichkeit wird der Kompromiß kritisch beurteilt, da man die Auffassung vertritt, Griechenland sei der Türkei bereits zu weit entgegengekommen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es der griechischen Türkeipolitik nach eigenem Selbstverständnis bislang vor allem darum gegangen ist, türkische Ansprüche abzuwehren und griechische Rechte zu wahren. Der Entwurf möglicher Kompromißformeln hat unter diesen Bedingungen wenig Chancen. Darüber hinaus ist es für griechische Politiker nicht unbedingt opportun, sich mit derartigen Vorstellungen an die Öffentlichkeit zu wenden<sup>19</sup>. Auch die „Schutzmachtrolle“ Griechenlands gegenüber Zypern wird durchaus ambivalent gesehen<sup>20</sup>. So schien die griechische Führung, als sie den Kompromiß wiederholt in Frage stellte, nicht davon beeindruckt zu sein, daß der zypriotische Präsident Kleridis die in Brüssel gefundene Lösung nachdrücklich begrüßt hatte<sup>21</sup>.

Wiederholt kam es in der östlichen Ägäis zur Verschärfung der traditionellen Spannungen. Die türkische Ministerpräsidentin Çiller drohte Griechenland mit Krieg und der Besetzung der Ägäisinseln, falls es seine Hoheitsgewässer auf 12 Seemeilen ausdehne<sup>22</sup>. Im Juni 1994 veranstaltete die türkische Armee Manöver im internationalen Luftraum und zu Wasser. Griechenland führte seine Kontrollflüge in der Ägäis ebenfalls bewaffnet durch. Im November sah sich die amerikanische Regierung genötigt, ein Kriegsschiff ins östliche Mittelmeer zu entsenden, um die Situation vor Ort zu beobachten<sup>23</sup>. Es bestätigte sich erneut, daß die Gefahr von Zusammenstößen nicht auszuschließen ist. Beide Seiten heizen nicht

zuletzt aus innenpolitischen Gründen die Situation immer wieder an. Letztendlich sind sie jedoch bestrebt, den Konflikt kontrollierbar zu halten.

### *Talfahrt der griechischen Wirtschaft*

Die Regierung Griechenlands stand 1994 vor der fast unlösbaren Aufgabe, einerseits die Stabilisierung der Volkswirtschaft voranzutreiben, andererseits aber auch die strukturelle Modernisierung nicht aus den Augen zu verlieren. Nur so kann die geringe Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands überwunden werden. Obendrein erwarten die Wähler, wie die Parlamentswahl vom 10. Oktober 1993 deutlich gemacht hat, daß die Stabilisierungspolitik zumindest „sozial abgefedert“ wird. Es verwundert kaum, vor allem wenn man die wirtschaftliche Entwicklung in einem längeren Zeitraum berücksichtigt, daß die griechische Regierung 1994 kaum wirtschaftliche Erfolge vorweisen konnte. Das verdeutlichen die von der Wirtschafts- und Währungsunion geforderten Konvergenzkriterien: Beim öffentlichen Schuldenstand, bei dem 60% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) die Grenze angaben, lag der griechische Wert 1994 mit 121,3% mehr als doppelt so hoch. Das öffentliche Defizit überstieg mit 14,1% des BIP um das Vierfache das EU-Kriterium von 3%. Bei der Inflation verzeichnete Griechenland wiederum den EU-Spitzenwert mit 10,8% (WWU-Schwellenwert 3,4%). Bei den langfristigen Zinsen lag Griechenland mit 18,3% deutlich über dem geforderten Wert von 10,4%<sup>24</sup>. Griechenland stand sich somit bei allen Kenndaten schlechter als die übrigen Peripherieländer der EU dar.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Griechenlands Präsidentschaft in der Europäischen Union: Neue Initiativen für den Balkan?, in: *Integration 1* (1994), S. 12–20.
- 2 Vgl. ausführlich Agence Europe v. 25./26. 7. 1994, S. 3 ff.
- 3 Zu den Äußerungen von Theodoros Pangalos vgl. Agence Europe v. 22. 12. 1993, S. 3.
- 4 Vgl. Frankfurter Rundschau v. 8. 6. 1994, S. 3.
- 5 Vgl. z. B. The Times v. 23. 6. 1994, S. 15.
- 6 Vgl. International Herald Tribune v. 22. 6. 1994, S. 2.
- 7 Die zeitweilige Verstimmung mit dem deutschen Außenminister während der Beitrittsverhandlungen mit den ehemaligen EFTA-Staaten hatte ebenfalls in protokollarischen Fragen ihren Ursprung: Nachdem der griechische Europaminister und nicht der Außenminister mit der Leitung der Präsidentschaft beauftragt worden war, war es der deutsche Außenminister, der „im vollen Glauben an seinen 'Vorrang' die Führung an sich riß“. Frankfurter Rundschau v. 30. 6. 1994, S. 2; vgl. auch The Times v. 27. 6. 1994, S. 11.
- 8 Vgl. die entsprechenden Äußerungen von Europaminister Pangalos im Interview mit der Financial Times v. 10. 5. 1994, S. 2.
- 9 Pola hatte sich an den Wahlen von 1989 nicht beteiligt und gewann 1994 „aus dem Stand“ 8,7% der Stimmen. Die sozialistische PASOK konnte ihren Anteil von 34,7% auf 37,6% leicht steigern, während die konservativ-liberale Neue Demokratie von 40,4% auf 32,7% zurückfiel. Vgl. Financial Times

- v. 14. 6. 1994, S. 11; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 15. 6. 1994, S. 8.
- 10 Vgl. hierzu Axt, Heinz-Jürgen: Griechenland, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1993/94, S. 327–332 sowie den Aufsatz des Verfassers: Mazedonien: ein Streit um Namen oder ein Konflikt vor dem Ausbruch?, in: Europa-Archiv 3 (1993), S. 65–75.
- 11 An Athen scheiterte auch die Aufnahme der EJM in die KSZE. Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 21. 11. 1994, S. 8.
- 12 Dies geschah anlässlich der Besprechung des griechischen Präsidentschaftsprogramms mit dem damaligen Kommissionspräsidenten Delors. Vgl. Agence Europe v. 6. 1. 1994, S. 5 f.
- 13 Vgl. FAZ v. 1. 7. 1994, S. 2.
- 14 Der EuGH hat lediglich verneint, daß eine Dringlichkeit besteht. Daß das griechische Embargo fundamentalem Gemeinschaftsrecht widerspricht, daran wurde kein Zweifel gelassen. Vgl. ausführlich zur Begründung des EuGH: Agence Europe v. 1. 7. 1994, S. 5 und Agence Europe v. 8. 7. 1994, S. 11 f.
- 15 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 10. 9. 1994, S. 3.
- 16 Erst Ende 1994 gab Griechenland sein Veto gegen die Auszahlung der Finanzhilfe auf. Vgl. Athener Zeitung v. 1. 12. 1994, S. 1.
- 17 1987 wurde in seiner Amtszeit der 1940 Albanien erklärte Kriegszustand beendet. In diesem Jahr weilte der griechische Außenminister zum ersten Mal im Nachbarstaat. Daß Albanien 1988 erstmals an einer Balkan-Konferenz, damals in Belgrad, teilnahm, ging ebenfalls maßgeblich auf Griechenland und das Wirken von Außenminister Papoulias zurück.
- 18 Vgl. FAZ v. 3. 3. 1995, S. 5 und FAZ v. 8. 3. 1995, S. 7.
- 19 Vgl. zu diesem Immobilismus in der griechischen Öffentlichkeit und Politik gegenüber Kompromissen im Umgang mit der Türkei ausführlich Axt, Heinz-Jürgen/Kramer, Heinz: Entspannung im Ägäiskonflikt? Griechisch-türkische Beziehungen nach Davos, Baden-Baden 1990.
- 20 Vgl. zur historischen Darstellung Meinardus, Ronald: Die Türkei-Politik Griechenlands. Der Zypern-, Ägäis- und Minderheitenkonflikt aus der Sicht Athens (1967–1982), Frankfurt/M.-Bern-New York 1985.
- 21 Vgl. FAZ v. 11. 2. 1995, S. 6.
- 22 Vgl. Frankfurter Rundschau v. 9. 6. 1994, S. 2.
- 23 Vgl. SZ v. 11. 6. 1994, S. 6; FAZ v. 18. 11. 1994, S. 16; Neue Zürcher Zeitung v. 27. 6. 1994, S. 6.
- 24 Vgl. zu den Daten EU-Magazin 3 (1995), S. 16.

### Weiterführende Literatur

- Axt, Heinz-Jürgen: Verlierer der Wende von 1989/90? Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in Griechenland. Aktuelle Analysen, Köln 1995.
- Kazakos, Panos (Hrsg.): Greece and EC membership evaluated, London 1994.
- Manousakis, Gregor M.: Griechische EU-Präsidentschaft. Eine Bilanz, in: Europäische Sicherheit 9 (September 1994), S. 443 f.
- Meier, Victor: Von der mazedonischen zur griechischen Frage, in: Europäische Rundschau 1 (1995), S. 17–25.
- Tsakiris, Dimitris: Griechenland und die „Mazedonische Frage“, Berlin 1994.
- Valinakis, Yannis G.: Greece's security in the post-Cold War era, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1994.